

PRESSEMITTEILUNG

Kandidatinnen und Kandidaten für das Europaparlament auf dem Prüfstand in Sachen Iran

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) möchte in einer Umfrage, die veröffentlicht werden soll, von den Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien für das Europaparlament erkunden, ob sie sich im Europäischen Parlament für wirkungsvolle Boykottmaßnahmen gegen den Iran und für ein Verbot der Hisbollah und anderer gegen Israel kämpfender Terrororganisationen in Deutschland und Europa einsetzen werden.

DIG-Präsident Dr. h.c. Johannes Gerster erbittet bis zum 22. Mai die Beantwortung eines entsprechenden Fragenkataloges. Die Antworten werden im Internet unter www.deutsch-israelische-gesellschaft.de zugänglich gemacht.

Gerster: Wir möchten damit den Wählerinnen und Wählern Gelegenheit geben, bei den Europawahlen am 7. Juni 2009 ihre Wahlentscheidung auch an diesen wichtigen Fragen auszurichten.

Hintergrund dieser Aktion sind die ständigen Drohungen des Iran gegenüber dem Staat Israel und die regelmäßige Ankündigung der bevorstehenden Vernichtung Israels durch den Iran. Diese Aggressionen gehen einher mit der Unterstützung Israelfeindlicher Terrororganisationen mit Geld, modernsten Waffen und durch militärische Ausbildung. Entgegen aller UN-Beschlüsse betreibt der Iran unbeirrt sein Atomprogramm, das in Kürze zur Herstellung atomarer Sprengköpfe führen kann.

Die Sanktionen des UN-Sicherheitsrates verfehlen ihre Wirkung. Bestes Beispiel: Der Export von Deutschland in den Iran stieg letztes Jahr wieder um 10 Prozent. Alle Proklamationen, eine atomare Bedrohung durch den Iran verhindern zu wollen, haben längst ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Es ist höchste Zeit, dass Deutschland seine Verantwortung für das Existenzrecht Israels ernst nimmt, dass deutsche Politiker den vielfältigen Reden Taten folgen lassen. Die deutschen und die europäischen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran gehören auf den Prüfstand. Die Auffassungen der deutschen Kandidatinnen und Kandidaten für das Europaparlament zu diesen bedrückenden Fragen auch.

Der Fragenkatalog und Informationen zum Handel und zur Wirtschaftspolitik Deutschlands gegenüber dem Iran, beide von der DIG-Arbeitsgemeinschaft Stuttgart/Mittlerer Neckar entwickelt, können bei uns angefordert werden.

Berlin, den 8. Mai 2009

An die
Kandidatinnen und Kandidaten
der CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
zur Wahl des Europaparlaments 2009

11. Mai 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir schreiben Ihnen heute – wie allen anderen Kandidatinnen und Kandidaten der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien – zu den Europawahlen, um Ihre Auffassung zur künftigen Iranpolitik der Europäischen Union zu erfahren und um Ihnen ein Anliegen zu unterbreiten, das uns sehr bewegt.

Mit großer Sorge verfolgen wir die iranische Politik gegenüber Israel. Der iranische Präsident wie auch andere hohe Vertreter des Iran werden nicht müde, dem Staat Israel das Recht auf Existenz abzuspochen und dem Land seine bald bevorstehende Vernichtung anzudrohen.

Die verbalen Aggressionen gehen mit einer praktischen Politik einher, die israelfeindliche Terrororganisationen wie Hisbollah und Hamas mit Geld, modernsten Waffen und militärischer Ausbildung unterstützt. Damit nicht genug, treibt der Iran ein Atomprogramm voran, das innerhalb eines kurzen Zeitraums zur Herstellung atomarer Sprengsätze führen kann. Das Land weigert sich beharrlich, der Aufforderung des UN-Sicherheitsrats Folge zu leisten und von der Urananreicherung abzulassen, welche die Grundlage zur Herstellung von Atomwaffen bildet.

Die friedensgefährdenden Worte wie die Taten der derzeitigen iranischen Politik müssen ernst genommen werden. Handeln ist geboten. Dabei kommt Deutschland eine Schlüsselrolle zu: Einerseits ist die gesicherte Existenz Israels Bestandteil der

deutschen Staatsräson. Andererseits ist Deutschland der wichtigste Handelspartner des Iran und unterhält vielfältige wissenschaftliche wie kulturelle Beziehungen bis hin zu kommunalen Partnerschaften. Deshalb fordern wir die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, alle Möglichkeiten der Einwirkung auf die iranische Politik zu nutzen, damit diese von ihrer Israelfeindschaft, von der Unterstützung des internationalen Terrorismus, sowie von denjenigen Bestandteilen ihres Atomprogramms ablässt, die auch nach Auffassung des UN-Sicherheitsrats zu militärischen Zwecken missbraucht werden können.

Die jahrzehntelang betriebene europäische und deutsche Politik gegenüber dem iranischen Regime ist einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Sie hat weder die inneren Reform- und Oppositionskräfte gestärkt noch den Kurs des Iran auf die Atombombe verhindert. Alle Warnungen vor einer atomaren Bedrohung durch den Iran versanden. Die Sanktionen des UN-Sicherheitsrats haben bisher ihre Wirkung verfehlt. Der Export von Deutschland in den Iran stieg im letzten Jahr wieder um 10 Prozent. Die Ankündigungen der westlichen Welt eine künftige atomare Bedrohung durch den Iran zu verhindern, verlieren an Glaubwürdigkeit.

Es ist höchste Zeit, dass die Wirtschaftsbeziehungen zum Iran auf den Prüfstand kommen. Bundestag und Bundesregierung müssen dem Iran mit einem Wirtschaftsembargo deutlich machen, dass es Deutschland mit seiner Verantwortung für das Existenzrecht Israels ernst ist. Maschinen und Anlagen sind auf Ersatzteile aus Deutschland angewiesen. Würden ab sofort keine Güter aus Deutschland mehr in den Iran geliefert, hätte dies beträchtliche Auswirkungen auf die iranische Wirtschaft. Die deutsche Politik hat es also in der Hand, sehr wirksam gegen die iranische Atombombe vorzugehen. Je weniger diese Möglichkeit genutzt wird, umso wahrscheinlicher wird eine militärische Auseinandersetzung.

Deshalb fordern wir von der deutschen und europäischen Politik:

- wirkungsvolle Boykottmaßnahmen gegen den Iran
- ein Verbot der Hisbollah und anderer gegen Israel kämpfender Terrororganisationen in Deutschland und Europa

Wir fragen Sie:

1. Unterstützen Sie unsere Forderung, durch Wirtschaftssanktionen den Iran zu einer Abkehr vom Bau einer Atombombe und zur Erfüllung der Forderungen des UN-Sicherheitsrats zu zwingen?
2. Sind Sie bereit, sich im Europäischen Parlament bzw. Deutschen Bundestag dafür einzusetzen und parlamentarische Initiativen mit dem Ziel zu ergreifen, dass die EU wirksame wirtschaftliche Boykottmaßnahmen beschließt?
3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland mit einem Wirtschaftsboykott voran geht, falls ein europäischer Konsens so schnell nicht zu erreichen ist?
4. Werden Sie sich für eine völlige Streichung der Hermesbürgschaften im Iran-Handel einsetzen?
5. Sind Sie bereit, sich für ein Verbot der Hisbollah und anderer gegen Israel kämpfender Terrororganisationen in Deutschland und Europa einzusetzen?

Für uns sind Ihre Antworten, die wir bis zum 22. Mai 2009 erbitten, sehr wichtig. Wir wollen sie unseren Mitgliedern zugänglich machen und sie im Internet unter www.deutsch-israelische-gesellschaft.de veröffentlichen. Damit möchten wir den Wählerinnen und Wählern Gelegenheit geben, ihre Wahlentscheidung auch daran auszurichten. Informationen insbesondere zu den deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen haben wir Ihnen in der Anlage zusammengestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Johannes Gerster, Präsident

Anlage zum Brief der Deutsch-Israelischen Gesellschaft an die Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl des Europaparlaments 2009

Informationen zum Handel und zur Wirtschaftspolitik Deutschlands gegenüber Iran

Es ist zu befürchten, dass der Iran über kurz oder lang Atombomben produzieren wird, die Israel und Europa mit bereits vorhandenen Trägerraketen erreichen können. Am 4. November erklärte der Bundestag fast geschlossen, dass die „Solidarität mit Israel ein unaufgebbarer Teil der deutschen Staatsräson“ sei, und er bezeichnete den islamistischen Antisemitismus als „eine globale Gefahr“. Hervorgehoben wurden „die Reden des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad, der [...] immer wieder die ‚Tilgung Israels von der Landkarte‘ fordere.“

Wir erhoffen uns von der deutschen Politik, dass die Drohungen aus dem Iran ernst genommen werden und konkrete Maßnahmen entwickelt werden, um die Gefahr abzuwenden. Appeasement gegenüber einem antisemitischen Regime, das zudem den Holocaust leugnet, ist durch die deutsche Geschichte diskreditiert. Um eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem Iran zu verhindern, muss die iranische Bombe jetzt mit politischem und wirtschaftlichem Druck gestoppt werden.

Wirtschaftliche Beziehungen

Deutschland ist der größte Handelspartner des Iran (Handelsvolumen 2008 mehr als 4 Milliarden Euro) und für den Iran das wichtigste Exportland. Noch heute wird der Handel mit dem Iran durch Hermes-Bürgschaften abgesichert. Die Handelskammer in Teheran gehört zu den größten Außenhandelskammern Deutschlands.

Am 16. April 2008 verhandelte der Bundesaußenminister laut der iranischen Presseagentur Press TV mit dem stellvertretenden iranischen Außenminister über eine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen. Am 25. Juni 2008 nahm Deutschland an einer internationalen Handelsmesse für Polizei- und Sicherheitsausrüstung in Teheran teil. Am 18. Juli 2008 reiste auf Einladung der Internationalen Handelskammer (IHK) und der Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) eine iranische Handelsdelegation durch Deutschland, um den Iran als lukrativen Ort für Geschäfte darzustellen. Am 25. Juli 2008 lud die deutsch-iranische Handelskammer in Hamburg deutsche Firmen ein, um in einem interkulturellen Workshop die Geschäftsverbindungen zwischen den beiden Nationen zu stärken. Am 28. Juli 2008 wurde ein 100-Millionen-Euro Deal zwischen der Firma SPG Steiner-Prematechnik-Gastec aus Siegen und dem Iran vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Frankfurt genehmigt. Ebenfalls dieses Jahr hat der deutsche Botschafter in Teheran gegenüber Press TV versichert, dass die deutsche Botschaft versucht, die Handelsbeziehungen zwischen privaten Firmen der beiden Länder zu verstärken.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft fordert deshalb wirkungsvolle Boykottmaßnahmen Deutschlands gegenüber dem Iran.

Bankgeschäfte

Die Bank Melli Iran befindet sich zu 100% im Besitz des iranischen Regimes und wird seit Juni 2008 mit EU-Sanktionen belegt. Geschäfte mit derartigen Unternehmen kommen unmittelbar der Diktatur zugute und verschaffen ihr die Devisen, auf die sie zur Fortsetzung ihres Atomprogramms angewiesen ist. Trotzdem war ein Vertreter der Bank Melli als Referent bei einer Tagung der Deutsch-Iranischen Handelskammer in Hamburg am 27.11.08 eingeladen.

Die Europäisch-Iranische Handelsbank in Hamburg, die auf der schwarzen Liste des US-Finanzministeriums steht, verbuchte Rekordgeschäftszahlen in 2007. Nach Informationen des „Spiegel“ wechseln reihenweise Maschinenexporteure und Handelsgesellschaften von ihrer deutschen Hausbank zur Europäisch-Iranischen Handelsbank. Am 14. November 2007 besuchte eine Delegation iranischer Staatsbanker die Aufsichtsratssitzung der Handelsbank in Hamburg. An dem Treffen nahm auch ein Vertreter der Bonner Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht teil. Das Management stellte die besten Geschäftszahlen der Firmengeschichte vor. Der Bestand an Handelsfinanzierungen liege mit etwa drei Mrd. Euro doppelt so hoch wie 2006.

Hisbollah und Hamas

Die Hisbollah ("Partei Gottes") ist eine schiitisch-libanesisch-Terrororganisation, die im Libanon einen Gottesstaat nach iranischem Vorbild errichten will. Sie hat sich die Zerstörung Israels zum obersten Ziel gesetzt und propagiert darüber hinaus den Mord an Juden weltweit. Die Hisbollah wurde unter direkter Anleitung aus dem Iran und in Anwesenheit iranischer Revolutionswächter gegründet. Sie wird finanziell, materiell und vor allem ideologisch vom iranischen Regime unterstützt. Militärisch-strategisch fungiert die Hisbollah de facto als verlängerter Arm des Iran im Krieg mit Israel. Sie finanziert und trainiert außerdem seit Jahren andere gegen Israel gerichtete Terrororganisationen wie die Hamas oder den Islamischen Jihad. Die Hisbollah ist in der Lage, weltweit Terrorakte zu verüben, und verfügt auch in Deutschland über diese Fähigkeit. Bereits 1989 und 2003 hat die Hisbollah israelische, jüdische und amerikanische Einrichtungen in Deutschland als Anschlagziele ausspähen lassen. Bei einer Verschärfung des Atomstreits mit dem Iran könnten also Menschen in Deutschland Opfer von Anschlägen werden. Die Hamas riss in einem brutalen Bürgerkrieg im Gazastreifen die Herrschaft an sich, übt Lynchjustiz an Andersdenkenden und terrorisiert den Süden Israels seit Jahren mit Raketen. Seit Dezember 2003 wird die Hamas auf der EU-Liste terroristischer Organisationen geführt.

Weder die Hisbollah noch die Hamas sind in Deutschland verboten. Sie können nach wie vor Spenden sammeln, Mitglieder rekrutieren und Terrorakte vorbereiten. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft fordert von der Bundesregierung, die Hisbollah und andere gegen Israel kämpfende Terrororganisationen in Deutschland zu verbieten.

Deutsch-Israelische Gesellschaft AG Stuttgart/Mittlerer Neckar
5. Mai 2009